

Dez II
14.06.2011
470/2011

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Umwelt- und Bauausschuss	Entscheidung	28.06.2011

Beratung über den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur baulichen Veränderung am Bahnübergang Lindern

Sachverhalt:

Der betreffende Antrag der SPD-Fraktion ist dieser Einladung als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die einzig verkehrsrechtliche Problemlösung erfordert wie berichtet die Herstellung einer dritten Fahrspur. Die Maßnahme könnte nur gemeinsam mit dem zuständigen Landesbetrieb Straßenbau NRW ausgeführt werden. Das Eisenbahnbundesamt wird hierzu ein Planfeststellungsverfahren durchführen müssen. Die derzeitige Kostenkalkulation des voraussichtlich auf die Stadt entfallenden Aufwandes beläuft sich auf ca. 230.000 €.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss möge über die Angelegenheit beraten und über die weitere Verfahrensweise befinden.

Anlage/n:

Antrag der SPD-Fraktion / Bahnübergang Lindern

(Dez II, Herr Bröhl, 02451/629217)